

Weißenfels-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heilige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Wochentl. 20 Pf. abzuzahlen.
20 Pf. — Vertrieb: Und Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeservice-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl:
Konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die jedoche günstigsten Preise
Kaufmannsblatt: 1 Pf., im einzelnen nach dem
von Behörden die Seite 200 Pf. — Grußglocken
Rathaus 200 Pf.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 303

Donnerstag den 29. Dezember 1921

87. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung, betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1921 und die Entrichtung der Lohnsteuer für das 4. Vierteljahr 1921.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, einschließlich der Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in den Steuerbezirken Dippoldiswalde und Hohenau aufgesordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1921 bez. der erhöht und luxussteuerpflichtigen Entgelte im 4. Vierteljahr 1921 bis spätestens Ende Januar 1922 schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen und zwar die Steuerpflichtigen in den Städten und in der Landgemeinde Hohenau an die Umsatzsteuerämter dieser Orte, die übrigen Steuerpflichtigen an die unterzeichneten Finanzämter.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaus sowie der Bergwerksbetrieb. Die Übersicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig, ebenso Arbeiter, Angestellte und Gesellen, die neben ihrer festen Arbeit selbständige Geschäfte machen.

Auch kleinste Betriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 M. Umsatz besteht nach dem Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 nicht mehr. Die Steuerpflicht beginnt bereits bei einem Jahresumlauf von mehr als 66,66 M.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betrieb zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederwertäussern gezahlt zu werden pflegt.

Die Einreichung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Ordnungsstrafen bis zu je 500 M. erzwingen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzutun (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

Das Umsatzsteuergesetz droht demjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorfalschlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, eine Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder Gefängnis an. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Derartige Vordrucke können von jedem Steuerpflichtigen bei den unterzeichneten Finanzämtern oder bei den Gemeindebehörden kostenlos entnommen werden.

Die Steuerpflichtigen sind zur Ausmündung der Entgelte vorbereitet, auch wann ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugänglich sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die im übrigen durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Finanzzänter Dippoldiswalde und Hohenau,
am 27. Dezember 1921.

Freitag den 28. Dezember 1921 abends 1/2 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde.

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Örtliches und Sachsisches

Dippoldiswalde. Einen recht gemütvoll fröhlichen Abend fanden die Weihnachtsvergnügen am Dienstag im Schänzenhaus in einem Konzerte des Herrn Stadtmusik-

direktor Jahn. Wirkten auch nur 9 Musiker (bei den letzten Konzerten mit stärkerer Besetzung mußte Herr Jahn aus seiner eigenen Tasche zuschicken und das ist für einen Geschäftsmann kein Vergnügen), so waren die Instrumente doch recht gut besetzt, daß eine ganz schöne Klangwirkung erzielt wurde. Selbstverständlich kamen auch Weihnachtsweisen mit zum Vortrag, die immer gern gehört werden. Das Konzert war im Vergleich zum letzten Firmenzkonzert gut besucht und der darauffolgende Ball bot der Jugend Gelegenheit, sich hübsch gemütlich auszutanzen.

Aus Leserkreisen kommt zu uns die Klage, daß bei den staatlichen Kraftwagenlinien Betriebsentstellungen und -kürzungen stattgefunden haben, die aber auf den aushängenden Fahrplänen nicht vermerkt sind und worüber auch das Eisenbahnpersonal nicht Auskunft geben kann. So wollte z. B. ein hiesiger Einwohner mit dem 8-Uhr-Wagen ab Dresden hierher fahren, konnte aber erst vom Wagenführer erfahren, daß der Wagen nur bis Possendorf verkehrte. Fahrplan und Pförtner auf dem Dresdner Hauptbahnhof hatten ihn falsch berichtet. Wir glauben, daß es nur dieser Zeilen bedarf, damit die Fahrpläne auf den Abgangstationen entsprechend richtig gestellt werden und das Personal genau unterrichtet wird.

Der von der Ortsgruppe Dippoldiswalde des Deutschen Offizierbundes für Mittwoch den 11. Januar 1921 angekündigte Vortrag des Generalleutnants Wohle über „Ostafrika im Weltkriege“ findet im Saale der Reichskrone statt. General Wohle wird an der Hand von Karten seine interessanten Kriegsergebnisse schildern. Er befehlte im Weltkrieg in Ostafrika die deutschen Westtruppen, während Lettow-Vorbeck die Ostgruppen führte, bis schließlich die Vereinigung beider Truppen Ende 1917 erfolgte und sie gemeinsam weiter nach Süden auswichen. Alles Nähere über den Vortrag siehe im Anzeigenteil.

Anzahlungen auf Umsatzsteuer. Das Finanzamt Dippoldiswalde schreibt uns: Nach einem Erlassen des Herrn Reichsministers der Finanzen können die Steuerpflichtigen schon jetzt Anzahlungen auf ihre Anfang 1922 fällige werdende Umsatzsteuer für 1921 bezw. auf die noch nicht veranlagte erhöhte Umsatzsteuer und Lohnsteuer für die letzten Wertjahresabschnitte des Jahres 1921 leisten. Die Anzahlungen werden mit 5% vom Tage der Zahlung bis zur Fälligkeit der Steuer (2 Wochen nach Zustellung des Steuerbescheides), längstens jedoch bis zum Ablauf des dritten Kalendermonats nach Schluss des Steuerabschnitts — das ist in der Haupsache der 31. März 1922 — verzinst. Eine Vergütung von Zinsbeträgen unter 5 M. findet nicht statt. Bei Bemessung der Anzahlungen können die Steuerpflichtigen von den Befragen ausgehen, die sie in ihren im Januar 1922 einzureichenden Steuererklärungen angeben. Da nach einem zur Beratung stehenden Geschenktwurf vierfachjährliche Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer vorgenommen sind, und im April 1922 voraussichtlich die erste Vorauszahlung auf Umsatzsteuer für 1922 zu leisten sein wird, so empfiehlt es sich, zur Erleichterung der dadurch entstehenden Zahlungspflicht Anzahlungen auf Umsatzsteuer 1921 baldigst zu leisten, da sonst zu befürchten ist, daß sonst im April 1922 mehrere Zahlungen auf Umsatzsteuer zusammenkommen. Die Anzahlungen können für die Umsatzsteuerpflichtigen in den Städten des Bezirks an die Kasse der Umsatzsteuerämter dieser Städte, für die übrigen Steuerpflichtigen an die Finanzkasse Dippoldiswalde (Postcheckkonto Dresden 3701 und Girokonto Dippoldiswalde Nr. 39) geleistet werden. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Kassen für den Verkehr mit dem Publikum nur vormittags geöffnet sind.

Wie uns vom hiesigen Postamt mitgeteilt wird, werden vom 1. Januar an sämtliche Fernsprechgebühren ohne alle und jede Ausnahme um volle 80% erhöht. Es ist aber denen, die diese Gebühren nicht bezahlen wollen, nachgelassen, ihren Anschluß zum 31. Dezember noch zu kündigen, wenn diese Kündigung bis zum 30. Dezember bei der Post eingereicht wird.

Die alten Grababzeichen für die Polizeibeamten werden aufgetragen. Der Verband sächsischer Polizeibeamter hatte angeregt, mit Rücksicht auf die Neuregelung der Dienstgradabzeichen die von den Polizeihauptwachtmeistern, Oberwachtmeistern und Wachtmeistern der Gemeindesicherheitspolizei zu tragenden silbernen Kragentressen und Dekorationsknöpfe am Kragen wegen der hohen Beschaffungskosten wegfallen zu lassen. Das Ministerium des Innern hat dem Vorschlag zugestimmt und angeordnet, daß die vorhandenen Tressen und Knöpfe noch bis zum 1. Januar 1924 aufgestragen werden können.

Die auf Grund von § 8 des Mandats vom 18. Mai

1831, die Rettungsprämien betreffend, bisher gezahlte Vergütung von 4 M. an diejenige Person, die einen toten menschlichen Körper zuerst aufgefunden und hierdurch der Obrigkeit Anzeige gemacht hat, sofern sie hierzu nicht verpflichtet ist, soll künftig wegfallen.

In den zur Vergnügungssteuer vom sächsischen Ministerium des Innern ergangenen Richtlinien wird u. a. darauf hingewiesen, daß künstlerisch hochstehende Leistungen steuerfrei sind, und dazu bemerkt, daß künstlerisch hochstehend sollen in der Regel Veranstaltungen nicht angelebt werden, bei denen geräucht wird, oder den Besuchern Speisen und Getränke verabfolgt werden". Der lehre Satz beweist eine vollkommene Unkenntnis der kleinstädtischen Verhältnisse. Das Ministerium hätte ebenso gut bestimmen können, daß in der Kleinstadt „künstlerisch hochstehende“ Vorführungen überhaupt ermöglichen, so muß man in 99 von 100 Fällen den Schankbetrieb zulassen, da es unmöglich ist, eine Gastronomie, die für den Wirt genügt, auf die gegenüber großstädtischen Verhältnissen geringe Besucherzahl direkt umzulegen. Das Eintrittsgeld würde dann so hoch, daß das Publikum abgeschreckt würde.

Schmiedeberg. Auch in diesem Jahre war es dem Frauenverein möglich, durch hochherzige, reizliche Spenden den Weihnachtsstift für die Armen decken zu können. So fanden sich Dienstag den 20. Dezember nachmittags 5 Uhr in der festlich geschmückten Rassekstube der Konditorei Regel 26 Erwachsene, 6 Konfirmanden und Kinder aus 14 Familien ein. Nach einleitenden Gedanken weihnachtlicher Natur riefte Herr Pfarrer Friedrich an die Anwesenden herzliche Worte. Hierauf forderte die Vorsitzende, Frau Sanitätsrat Germar, auf, die Gaben in Empfang zu nehmen. Diese bestanden für die Erwachsenen und Konfirmanden in Geldgeschenken. Die Kinder erhielten Kleidungsstücke, Schulbücher, Spielsachen sowie Tropfen und Pfefferkuchen. 21 bedürftigen Gemeindemitgliedern konnten durch beidernde Spende Kohlenbezugscheine übergeben werden.

Zu einer schönen Sitten hat sich auch hier die am heiligen Weihnachtstag seit den letzten Jahren eingeführte musikalische Christvesper herausgebildet. Das Gotteshaus füllte auch diesmal wieder eine außerordentlich zahlreiche Gemeinde, die den Klängen der Musik lauschte und andachtsvoll in die trauten Weihnachtslieder „Stille Nacht“ und „O du fröhliche“ mit einstimmte. Die Festgottesdienste an den beiden Weihnachtstagen, besonders am zweiten, waren ebenfalls gut besucht. Der Silvestergottesdienst begann diesmal um 7 Uhr.

Großhörsa. Der hiesige Fechtverein hat auch dieses Jahr wieder seine ganze Kraft in den Dienst der Nächstenliebe gestellt. Am 23. Dezember veranstaltete er eine Christbeisierung, an der 34 Familien beteiligt waren. Nach einer Kaffeetafel erhielt jede Person ein Geschenk. Insgesamt wurden 1530 M. dafür ausgegeben. Der Vorsitzende des Fechtvereins dankte von ganzem Herzen allen denselben, die zum Gelingen der Beisierung mit ihren reichen Gaben beigetragen haben.

Dresden, 27. Dezember. Heute morgen fuhr auf dem Hauptbahnhof Dresden ein Lezug einem anderen Lezug in die Flanke, wodurch vier Wagen entgleisten. Das Personenzuggleis Dresden-Pirna war vorübergehend gesperrt. Verletzt wurde niemand.

Die Umbauung im Dresdner Hauptbahnhof. Die Reichsbahnbahnhofverwaltung beschäftigt sich zurzeit mit Umbauten und Erneuerungen im Hauptbahnhof, die sämtlich dem Zwecke dienen, die in den letzten Jahren in einem recht unansehnlichen Zustand geratenen und durch gewisse Kriegsfolgen zum Teil sogar verwahrlosten Aufenthaltsräume für die Durchreisenden in einem angemessenen Zustand zu versetzen. Aus Gründen der Aufrechterhaltung des Verkehrs hat man diese Arbeiten in zwei Bauabschnitte geteilt. Die Erneuerung der nach der Bismarckstraße zu gelegenen Hälfte der Warte- und Aufenthaltsräume wird erst in einiger Zeit in Angriff genommen werden. Nur die Toilettenräume sind schon fast fertig. Die nach dem Wiener Platz zu gelegene Hälfte der Warte- und Wirtschaftsräume ist zum größten Teile fertiggestellt. Der Warterraum 3. Klasse mit seinem frischen weißen und roten Anstrich ist bereits wieder in Benutzung, ebenso der darüber befindliche Speisesaal Weesenstein. Der danebenliegende Kaiser-Wilhelm-Saal, nicht unbedeutend vergrößert, steht ebenfalls vor seiner Vollendung. Die vom Wartesaal 3. Klasse aus zu ebener Erde erreichbare sogenannte Katakomben ist zu einem geräumigen abgeschlossenen Sitzungszimmer ausgestaltet, und auch die nach dem Kopfbahnsteig zu liegenden Warterräume ohne Beleuchtung sind durch derartige Sitzungszimmer ersetzt worden.

An der Außenseite dieser Räume, am Durchgang vom Wiener Platz nach der Bismarckstraße, sind seit einigen Tagen zwei große Freibussets in Betrieb, ein kleines befindet sich in der Kuppelhalle. Unterhalb des Wartesaales 3. Klasse sind neue Wasch- und Umkleideräume für das Bedienungspersonal eingerichtet.

Auf Wunsch beteiligter Wirtschaftskreise beantragte die Handelskammer Dresden beim sächsischen Wirtschaftsministerium eine gemeinsame Aussprache von Vertretern des Handels, der Landwirtschaft und der Genossenschaften über die gegen den Handel erhobenen Vorwürfe des Wuchers, die auf eine bedauerliche Ausschaltung des ordnungsgemäßen Handels abzielen. Die Handelskammer Dresden stellte dazu mit, daß diese Aussprache vom Ministerium abgelehnt worden ist.

Köthenerbroda. Die Abstimmung für den Zusammenschluß der Löhndorfschaften sollte noch vor Jahresende durchgeführt werden, bevor die neu gewählten Gemeindevertreter mitsprechen. Da die bürgerlichen Kreise gegen die Gründung der Stadt "Elblöhn" sind, auch Urabstimmung verlangen, verliehen deren Vertreter in der letzten Gemeinderatsversammlung die Sitzung. Es ergab sich infolgedessen Beschlussschwäche, sodass Abstimmung nicht vorgenommen werden konnte. Wie die Abstimmungen in Radebeul und Naundorf gezeigt haben, sind nur die Vertreter dieser beiden Orte für eine Verschmelzung, in den übrigen vier Gemeinden findet der Plan keine Gegenliebe.

Dohna. Unsere Chorknaben durchzogen am heiligen Abend, alter, lieber Sitze gemäß, mit bunten Laternen die Straßen und erfreuten die Einwohner mit ihren fröhlichen Weihnachtsliedern.

Königstein. Havarie erlitt kürzlich ein am hiesigen Schiffbauplatz liegender leerer Schleppkahn. Beim Aufruch des Eises wurde der Kahn in der Mitte unterkeilt und gehoben. Dabei wurden einige Bodendiele und Bänke angebrochen. Der Schaden wird auf dem Schiffbauplatz behoben.

Freiberg. Ein interessanter Konflikt besteht seit einiger Zeit zwischen der Stadt Freiberg und dem hier wohnhaften Architekten Eckardt um die Längshälfte der unteren kurmen Straße E 2, die auf dem Grund und Boden des letzteren liegt. Jetzt erlöst nun Herr E. ein Verbot sowohl für den Fahr- und Fußverkehr in diesem Straßenteile. Die Ueberstretung dieses Verbotes sei mit Lebensgefahr verbunden. (!)

Berthelsdorf. Von einem Auto angefahren und zu Boden geschleudert wurde ein hiesiger Einwohner in Niederneukirch. Als man dem Verletzten zu Hilfe eilte, war das Auto über alle Berge. Mit einer klaffenden Kopfwunde konnte sich der Verunglückte mühsam nach Hause schleppen und in ärztliche Behandlung begeben.

Leipzig. Eine kleine Illustration zu dem katastrophalen Wagenmangel bietet die Tatsache, daß bei dem hiesigen Paketpostamt zwar Tausende Postpaketadressen, aber nicht die Pakete selbst eingegangen sind. Die Nachfrage nach den Paketen gleicht einem Sturm auf die Postämter.

Zweifurth bei Grimma. Die Gemeindevertreterwahl ist vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt worden, weil der Gemeindevorstand versucht hatte, die Listenverbindung öffentlich bekannt zu geben. In Ballendorf und Schaddel ist die Wahl ebenfalls nochmals ausgeschrieben worden, weil dort überhaupt keine Liste eingereicht worden ist.

Kochstädt. Der Stadtrat hatte beschlossen, diejenigen Wahlberechtigten, die bei der Stadtverordnetenwahl am 27. Nov. dieses Jahres nicht gewählt haben, öffentlich bekanntzugeben. Der Rat gibt jetzt öffentlich bekannt, daß bei dieser Wahl von ihrem Wahlrecht 141 männliche und 305 weibliche Personen ohne jeden Grund nicht Gebrauch gemacht haben. Die Wählerlisten können einige Tage von jedermann in der Rathauskanzlei eingesehen werden.

Meerane. Die Kirche "modernisiert" jetzt auch die Amtsbezeichnungen. Der bisher gutdeutsche "Oberkirchner" ist in einen "Kirchassensinspektor" umgetaufen worden.

Lengenfeld. Im Stadtverordnetenkollegium ist es zu einem Konflikt zwischen der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Fraktion gekommen. Zum Punkte über Erhöhung der Preise für elektrischen Strom wurde der Antrag der Sozialdemokratischen Partei auf Aufhebung der Vergünstigung der Großabnehmer und Zurückweisung der Angelegenheit an den Elektrizitätsausschuß gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion verließ hierauf die Sitzung mit dem Bemerkung, daß sie auf die weitere Teilnahme verzichte. Trotz des Entfernen verblieb die Versammlung noch beschlußfähig, da von 15 Stadtverordneten 8 Vertreter anwesend waren.

Bischofswerda. Die "Lausitzer Tagespost" stellt mit dem 31. Dezember ihr Erscheinen ein.

Abrüstungskomödie.

Der U-Boot-Streit in Washington.
Die Abrüstungskomödie in Washington soll allem Anschein nach noch eine Zeitlang weitergespielt werden. Alle Bemühungen der Konferenz, eine Verminderung der Rüstungen herbeizuführen, scheitern stets an der ablehnenden Haltung der französischen Delegierten. Die Frage der Abrüstung zu Lande wurde auf Verlangen Briands von der Tagesordnung abgesetzt und war damit von vornherein erledigt. Bei der Regelung der Abrüstung zur See wäre es beinahe ebenso gekommen. Frankreich stellte plötzlich maßlose Flottenforderungen, durch die das ganze Abrüstungsprogramm der Washingtoner Konferenz über den Haufen geworfen zu werden schien. Diesmal jedoch gaben die übrigen Mächte nicht so leicht nach und die französische Regierung mußte ihre Ansprüche erheblich zurückzuschrauben. Trotz dieser offensichtlichen diplomatischen Niederlage gaben die französischen Delegierten ihre Sache noch nicht verloren und suchten den Verzug auf die Großkampfschiffe durch Vermehrung der U-Boot-Tonnage wett zu machen. Seit Wochen wird jetzt in Washington über die Zahl der U-Boote gestritten, die künftig jede Seemacht haben soll.

Nachdem England mit seiner Forderung, die Unterseeboote als Streitwaffe überhaupt abzuschießen, allein

geblieben war, hatte jetzt der mit dieser Frage betraute Bünzehner-Ausschuß sich auf den amerikanischen Vorschlag geeinigt, für Amerika und England je 60 000 Tonnen und für Frankreich, Japan und Italien annähernd ihre bisherige Tonnage, je 31 000 Tonnen, festzusetzen. Dieser amerikanische Vorschlag bedeutet eine Herabsetzung der U-Boot-Tonnage für Amerika und England um 30 000 Tonnen gegenüber den ursprünglich vorgesehenen 90 000 Tonnen. Eine Einigung kam jedoch nicht zustande, weil Frankreich in dem Augenblick, wo die Welt abräumen soll, die dreifache Zahl von U-Booten forderte, als es bisher hatte. Der französische Admiral Lebouy wies darauf hin, daß 90 000 Tonnen die niedrigste Ziffer sei, die überhaupt für ein Land, das U-Boote halten wolle, in Betracht komme. Eine geringere Zahl läne einem Verbot, U-Boote zu bauen, gleich. Der englische Delegierte Ballou erklärte hierauf, diese Forderung Frankreichs stelle eine Bedrohung der Sicherheit Großbritanniens dar. Notdürftig bekräftigte sich der französische Minister Sacraut, seit Briands und Bivianis Abreise führen der französischen Delegation, zu betonen, daß Frankreich diese Zahl von U-Booten lediglich zu Verteidigungszwecken brauche.

Die französische Erklärung, daß Frankreich mit noch weniger als 90 000 Tonnen U-Boote nicht auskommen könne, ist um so merkwürdiger, als Italien sich ohne weiteres bereit erklärte, nur 31 000 Tonnen zu haben, wenn Frankreich sich mit dieser Ziffer zufrieden geben würde. Selbst das Kaiserreich Japan, bisher eine der ardentesten Seemächte, verlangt als Mindestziffer bloß 54 000 Tonnen an U-Booten.

Offenbar handelt es sich bei den U-Boot-Forderungen der französischen Delegation nur um einen neuen Schachzug der französischen Politik, die durch einen Vertrag auf die U-Boote neue Vorteile auf einem anderen Gebiete erzielen will. Der Washingtoner Sonderberichterstatter der "Chicago Tribune" weiß bereits zu berichten, Frankreich werde möglicherweise ein Fünf-Mächteabkommen für den Atlantischen Ozean und die anderen europäischen Gewässer nach dem Vorworte des Bier-Württemberg-Kommunisten für den Stillen Ozean vorschlagen. Dies würde Frankreichs Bedingung verfolgen, die Annahme einer Verminderung seiner Unterseebootstonnage unter 90 000 Tonnen sein.

Wie haben sich doch die Ansichten über die U-Boote seit dem Kriege geändert! Frankreich, das so lange Deutschland in dieser Waffe die Führung hatte, nicht genug gegen das "barbarische" U-Boot wettern konnte, glaubt jetzt auf das "völkerrechtswidrige Kriegsmittel" nicht verzichten zu können und stellt darüber hinaus, ohne Rücksicht auf England, das seine Seeherrschaft durch diese Schiffssart bedroht sieht, weitgehende Forderungen, denen die Washingtoner Abrüstungsvereinbarung niemals zustimmen kann, wenn sie sich nicht vor aller Welt lächerlich machen will.

Der neue Fernsprechtarif.

80 v. h. Teuerungszuschlag ab 1. Januar.

Nach dem neuen Fernsprechtarif wird vom 1. Januar ein Teuerungszuschlag von 80 v. h. erhoben. Den Fernsprechteilnehmern wird durch die Verordnung das Recht eingeräumt, die Einrichtungen, deren Gebühren durch diese Verordnung erhöht werden, bis zum 30. Dezember auf den 31. ds. Ms. zu kündigen. Von dem Teuerungszuschlag bleiben frei der einmalige Fernsprechteitrag und die von Fall zu Fall einzuzahlenden Kosten.

Nach der Gedächtnissfel, die dieser Verfügung beigelegt ist, kosten Gespräche in der ersten Zone (bis 5 Kilometer Entfernung) für die Dauer von drei Minuten 0,45 Mark (dringend 1,35 Mark), bis 6 Minuten 0,90 Mark (dringend 2,70 Mark), bis 9 Minuten 1,35 Mark (dringend 4,05 Mark), bis 12 Minuten 1,80 Mark (dringend 5,40 Mark) und bis 15 Minuten 2,25 Mark (dringend 6,75 Mark). Diese Sätze verdreifachen sich in der zweiten Zone (bis 15 Kilometer), so daß ein 3 Minuten-Gespräch 1,35 Mark und dringend 4,05 Mark kostet. Ein 12 Minuten-Gespräch würde also 4,50 bzw. 16,20 Mark kosten. In der dritten Zone (bis 25 Kilometer) werden erhoben für ein 3 Minuten-Gespräch 2,25 Mr. (dringend 6,75 Mark), für ein 6 Minuten-Gespräch 4,50 bzw. 13,50 Mark und für ein 15 Minuten-Gespräch 11,25 bzw. 33,75 Mark. In der fünften Zone (100 Kilometer) steigen die Sätze bereits auf 5,40 bzw. 16,20 Mark für das Gespräch von drei Minuten Dauer, während in der sechsten Zone (500 Kilometer) bei drei Minuten Dauer 16,20 bzw. 48,60 Mark gezahlt werden müssen. Das teuerste Dreiminuten-Gespräch ist in der 18. Zone (Entfernung zwischen 1301 bis 1400 Kilometer) vorgesehen, wo das einfache Dreiminuten-Gespräch 40,50 Mark und das dringende Gespräch 121,50 Mark kostet. Ein Gespräch zwischen Berlin und München wird also bei einer Dauer von 3 Minuten, nicht dringend 21,60 Mark, dringend 64,80 Mark, ein Gespräch nach Magdeburg einfach 8,10 Mark, dringend 24,30 Mark, ein Drei-Minuten-Gespräch nach Köln 18,90 bzw. 56,70 Mark kosten. Das teuerste Gespräch aber wird nicht weniger als 607,50 Mark kosten. Diese hohe Summe ist für ein dringendes Gespräch von 15 Minuten in der 18. Zone zu zahlen.

Wiederaufbau in Oppau.

Das Hilfswerk für die Opfer.

Die furchtbare Katastrophe von Oppau, die 523 Menschen das Leben kostete und 1952 arbeitsame Personen teils schwer, teils leicht verletzte, hat grohe Verstörungen angerichtet, die gut zu machen sich jetzt fleißige Hände regen. Der Sachschaden ist bislang auf 321 Millionen Mark berechnet worden. Vollständig zerstört worden sind damals 312 Haupt- und 366 Nebengebäude. 1450 Gebäude sind beschädigt. Davon sind 76 Wohn- und 177 Nebengebäude bereits wiederhergestellt. 533 Wohn- und 531 Nebengebäude werden zurzeit instand gesetzt. Zur Unterbringung der Personen aus vollständig zerstörten Häusern waren bis zum 6. Dezember 47 große Militärbarracken gebaut, in denen 276 Familien mit 1099 Personen Aufnahme gefunden haben.

Für die unglücklichen Opfer sind bisher beim Hilfswerk in Berlin 31 529 686 Mark, beim Hilfausschuß in Ludwigshafen 36 586 812 Mark eingegangen. Zur Durchführung der Unterstützung ist das Hilfswerk Oppau bestimmt. Die Höhe der Unterstützung an die Hinterbliebenen wird nach Sätzen bemessen, die die Anilinfabrik für ihre Werkangehörigen übernommen hat, das sind 2000 Mark Sterbegeld an Angehörige von Verheiraten, 1500 Mark an Angehörige Lediger und 50 Prozent des jeweiligen Tariflohnes. Es besteht die Absicht, die Rente für die Hinterbliebenen auf 80 Prozent des jeweiligen Tariflohnes zu bringen. Die Unfallenten sollen zum vollen jeweiligen Tariflohn erhöht werden.

Politische Rundschau.

Berlin, 28. Dezember 1921.

Um 21. Dezember sind in der Schlusssitzung der Grenzkommision für das Saargebiet die Schluftrunden über die Abgrenzung des Saargebiets unterzeichnet worden.

Zum Gesandten in Wien ist der bis jetzt Schriftführer im Reichstag, Centrumabgeordneter Dr. Maximilian Seiffert ernannt worden.

Im Mansfelder Kohlenrevier haben die Bergleute zweier Schächte die Arbeit eingestellt.

Aus Anlaß des Weihnachtsfestes sind im Geschäftsbereich des sächsischen Justizministeriums 148 Strafen angewandt.

Abbildung des deutsch-spanischen Handelsabkommen. Das Handelsabkommen Deutschlands mit Spanien vom 12. Februar 1899, das ein gegenseitiges Maßbegrenzungabkommen war, ist von der spanischen Regierung mit einsjähriger Frist auf den 20. Dezember 1922 gekündigt worden. Die spanische Regierung hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß sie die Fortsetzung normaler Handelsbeziehungen mit Deutschland wünscht und deutschen Vorschlägen wegen zukünftiger Regelung entgegenstehe. Die spanische Regierung verfolgt seit neuerer Zeit eine höhere Schutzzollpolitik auch gegenüber anderen Ländern. Dieser Umstand dürfte auch die Kündigung des deutsch-spanischen Handelsabkommen veranlaßt haben.

Um die 25 prozentige Ausfuhrabgabe. Der Zahlungsplan zum Londoner Ultimatum sieht vor, daß die Erträge einer Abgabe von 25 Prozent auf den Wert aller Ausfuhr an das Garantikomitee abgeführt werden. Dem Exporteur soll der Gegenwert der Abgabe von der deutschen Regierung in deutscher Währung erzeigt werden. Zur Durchführung dieser Bestimmungen hat die Reichsregierung auf Verlangen des Garantikomitees zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet, die soeben dem Reichsrat zugänglich sind. Der erste der beiden Gesetzentwürfe sieht vor, daß die Bewilligung zur Ausfuhr von Waren nur unter der Bedingung erteilt wird, daß der Ausfuhrwert in Auslandswährung dem Reich zur Verfügung gestellt wird. Der zweite Gesetzentwurf enthält die Ermächtigung, für die Reichsregierung anzuordnen, daß zur Erfüllung der Deutschen im Zahlungsplan auferlegten Zahlungspflicht bei der Ausfuhr von Waren nach hochtarifären Ländern 25 Prozent des Wertes der Ausfuhr als Abgabe gegen Erstattung des Gegenwertes unmittelbar erhoben werden. Beide Gesetze haben im wesentlichen formale Bedeutung. Das erste Gesetz soll an dem tatsächlichen Verlauf der Devisenfassung, wie er zurzeit geregelt ist, nichts ändern, das zweite Gesetz lediglich der Reichsregierung die Möglichkeit geben, die im Londoner Ultimatum vorgesehene 25 prozentige Abgabe im Verordnungswege durchzuführen, falls sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte.

Der Munitionskonflikt im Danziger Hafen. Trotz wiederholter Proteste der Danziger Presse ist wieder ein Dampfer mit gefährlicher Sprengstoffmunition für Polen auf der Reede des Danziger Hafens eingeschleppt. Daraufhin sind sämtliche Arbeiter des Freizeitkirsches in den Streik getreten. Der Vertreter des Transportarbeiterverbandes hat sich zum Hafenausschuss begeben, um über Maßnahmen zur Beliegung des Konfliktes zu verhandeln.

Der Mörder des Majors Montalegre entspannen. Vor einigen Tagen kamen mehrere junge Leute nach dem Buchhaus in Groß-Strehlitz, überwältigten die militärischen Wachen und beseitigten dreihundertzwanzig polnische (?) Gefangene, unter denen sich auch der angeklagte Mörder des französischen Majors Montalegre befand. Die Interalliierte Kommission hat auf die Ermittlung des Flüchtlings eine hohe Belohnung ausgesetzt, doch fehlt bisher jede Spur.

Der Battalan ist von dem im Januar beabsichtigten Besuch des belgischen Königspaars in Rom officiell benachrichtigt worden.

In Marseille ist der erste Kongress der französischen kommunistischen Partei eröffnet worden.

Der König von Italien hat den aus dem Weltkriege bekannten General Diaz zum Herzog von Brivio ernannt.

Ein englischer Lord hat dem Kaiser Karl ein Schloss auf der Insel Wight als Wohnsitz angeboten. Karl hofft, im Frühjahr die Erlaubnis zu bekommen, dahin zu überreden.

Der amerikanische Gerichtshof in Massachusetts hat die Revision im Prozeß gegen die beiden zum Tode verurteilten italienischen Kommunisten Sacco und Vanzetti abgelehnt.

Präsident Harding hat den Sozialisten Debs, der im Januar 1918 wegen Kriegsgegnerschaft zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, begnadigt. Debs war seit 1900 bei allen Präsidentenwahlen sozialistischer Kandidat.

Ungarn: Das Schicksal Heddenburgs.

Die Interalliierte Generalkommission in Heddenburg veröffentlicht eine Kundgebung, daß infolge der Anerkennung des Abstimmungsergebnisses durch die Volksabstimmung im Einne des Abkommens von Wien das Abstimmungsergebnis in den Bezirk Ungarns gelangt. Die Neubesetzung wird am Neujahrsitag erfolgen. — Der Protest der österreichischen Regierung gegen den ungriechischen Abstimmungstermin ist also, wie zu erwarten war, ungehört verhakt.

Frankreich: Der Ansturm gegen Briand.

Der Vorstoß der Nationalisten gegen das Kabinett Briand ist abermals absehbar. Der ehemalige Finanz-

amnifler Stolz hatte seine Interpellation in eine vergebene Einfrage umgewandelt, mit deren Beantwortung Briand sich einverstanden erklärte. Auch verlangte Aufklärung darüber, ob die Verhandlungen von London nicht die Rechte Frankreichs verletzt hätten. Der Ministerpräsident versicherte, darauf, daß die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien so eng sei wie jemals. Es sei nicht die Rechte davon, daß Frankreich eine der Garantien aufgebe, die der Vertrag von Versailles ihm zulässt. Er müsse zur Ehre von Lloyd George ersidren, daß dieser die besondere Lage Frankreichs als ersten anerkannt habe. In seinem Augenblick sei ihm der Gedanke gekommen, zu verlangen, daß bei den kommenden Konferenzen Frankreich auch nur die kleinsten Opfer bringen sollte. Auf Grund dieser Erklärungen habe man verhandelt. Briand fuhr fort, Frankreich habe, was die Reparation der deutschen Schuld anlange, keine Opfer zu bewilligen. Es sei nicht die Rechte davon, den Friedensvertrag von Versailles oder den Zahlungsplan abzuändern. In Cannes würde das französische Interesse vollkommen gewahrt. — Die Kammer beschloß, daß sofort nach der Konferenz in Cannes die Interpellationen über die auswärtige Politik zur Beratung gelangen sollten.

Frankreich: Eine Krise am Dual d'Orsay.

Der Generalsekretär im Ministerium des Außen, Berthelot, hat Briand gebeten, ihn seiner Funktionen zu entheben. In einem Briefe an Briand erklärt er, daß er infolge der fortgeleiteten Angeklage und Verleumdungen, sowie der absurden Vorwürfe, denen er seit einem Jahr infolge der Zahlungseinstellung der französischen Industriebank von China ausgesetzt war, deren einer Chef sein Bruder gewesen ist, bestürzt milde, gegenüber dem Ausland, bei dem er eigentlich die Interessen Frankreichs zu vertreten habe, nicht mehr die nötige Autorität zu besitzen, um dem Staat gut dienen zu können. Sein Entschluß, zurückzutreten, sei unwiderrücklich. — Berthelot hatte in seiner Stellung als Generalsekretär im Ministerium des Außen großen Einfluss auf die Leitung der französischen Außenpolitik und galt allgemein als erster Berater des Ministerpräsidenten. Durch den Zusammenbruch der französischen Industriebank, an dem er nicht ganz unbeteiligt gewesen sein dürfte, ist seine Stellung stark erschüttert worden, sodaß sein Rücktritt unvermeidlich wurde.

Italienisch-serbischer Zwischenfall.

Am 1. Weihnachtsfeiertag landeten italienische Marinesoldaten in der dalmatinischen Stadt Sabenico und verjüngten die serbokroatische Bevölkerung mit beledigenden Abschriften herauszufordern. Ein städtischer Polizist gab einen blinden Alarmdurchgang, worauf die Italiener vom Kriegsschiff aus gegen die Stadt Gewehrschüsse ab, die aber unbeworfen blieben. Das herausfordernde Benehmen der Italiener rief in Jugoslawien große Entrüstung hervor.

England: Neue Verhandlungen mit Russland.

Die britische Regierung wird verhandlungsfähig. Dieses will wissen, daß Lloyd George und Briand grundsätzlich beschlossen haben, Besprechungen mit der sowjetischen Regierung aufzunehmen. Der Vorsitzende des Auswärtigen, Tschitscherin, und sein Mitarbeiter Litvinoff würden zu diesem Zweck für die ersten Monate nächsten Jahres nach London eingeladen werden. Der 8. Februar werde als wahrscheinliches Datum für den Beginn der Besprechungen angenommen.

Agypten: Straßenkämpfe in Kairo.

Die Eroberung der ägyptischen Bevölkerung über die Festnahme des Führers der Nationalisten, Bagul Pasha, wieder zu blutigen Straßenkämpfen gekommen, bei denen die Studenten, die in den Streik getreten sind, auf Seiten der Aufständischen mitgekämpft haben. Es wurden fünf Studenten getötet und zwanzig verwundet. Angeklagt der russische Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung hat Lord Milner, der britische Oberkommandierende in Ägypten, eine Verstärkung der englischen Truppen der Garnison angefordert. Daraufhin haben zwei englische Regimenter, die in Malta liegen, Befehl erhalten, sich unverzüglich nach Ägypten einzuführen. Bagul Pasha wird demnächst zusammen mit seinen Unterstützern von Suez aus nach einem Unterbringungslager außerhalb Ägyptens gebracht werden.

Bessere Kohlenlage bei der Eisenbahn

Berlin, 27. Dezember. Die Kohlenversorgung hat in den letzten Tagen, namentlich im Direktionsbezirk Berlin, eine kleine Besserung erfahren, die die Hoffnung aufkommen läßt, daß der Höhepunkt der Kohlenkrise wenigstens bei der Eisenbahn überwunden ist. Vor dem Weihnachtsfest sind aus dem Ruhrrevier wieder so viel Kohlentransporte eingetroffen, daß zu hoffen ist, daß die angekündigten Personenzugbeschränkungen, die in erster Linie zur Erhöhung des Güterverkehrs vorgenommen werden, nicht weiter ausgedehnt werden müssen. In den übrigen Eisenbahn-Direktionsbezirken hat die Kohlenlage eine ähnliche Besserung erfahren.

Die Auszeichnungen des Generalobersten von Moltke.

Berlin, 27. Dezember. Die Auszeichnungen des Generalobersten von Moltke, der in den ersten Kriegsmonaten Generalstabchef des deutschen Heeres war, werden im Laufe des Monats Januar der Deutschen Reichsregierung übergeben werden. Sie enthalten politische Befragungen und eine Darstellung der Ereignisse, die sich in den ersten Tagen des Kriegsausbruchs in Verbindung mit der deutschen Mobilisierung abspielten.

Heimkehr aus Abgou.

Mannheim, 27. Dezember. Am zweiten Weihnachtstage sind 19 deutsche Kriegsgefangene aus Abgou zurückgekehrt und über die Rheinbrücke von Ludwigshafen kommand in Mannheim eingetroffen. Ein Vertreter der Stadt Mannheim hat die Kriegsgefangenen von den französischen Behörden übernommen. In der alten Heimat wurde ihnen ein herzlicher Empfang bereitet.

Verhängnisvolle Weihnachtsspielerie.

München, 27. Dezember. In der Christnacht entstand in Perlach bei München ein Großfeuer, das ein Betonmietgebäude mit großen Erkerbögen und wertvollen landwirtschaftlichen Maschinen vollständig vernichtet. Der Schaden übersteigt eine halbe Million Mark. Der Brand ist dadurch entstanden, daß bauliches Durcheinander beim Weihnachtsanschieben Feuerwerkskörper waren.

Gedenktafel für den 28. Dezember.

1818 † Der Geheimer Stolz Nemigius Freseius in Frankfurt a. M. († 1897) — 1859 † Der Geschichtsschreiber Lord Macaulay in Kensington (* 1800) — 1901 † Der Archäologe Franz Zobel Kraus in San Remo (* 1840) — 1916 † Der Minister Eduard Strauß in Wien (* 1835).

Arbeitsweihnachten.

Kathenau's Berichterstattung im Reichskabinett.

Die Reichsregierung benutzte die Weihnachtsfeiertage zu eingehenden Beratungen über das Reparationsproblem und die Beantwortung der drei Rückfragen, die die Reparationskommission anlässlich des deutschen Stundungsgesuches nach Berlin gerichtet hatte. Mit dem Reichsfinanzminister hatten fast sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts ihre Weihnachtsferien ausgegeben.

Die erste Aussprache des aus London zurückgekehrten Dr. Kathenau mit Dr. Wirth fand gleich nach seiner Ankunft in Berlin am Weihnachtsabend statt; daran schloß sich eine Berichterstattung beim Reichspräsidenten. Am ersten Feiertag fand eine Besprechung der Ressorts statt. Am zweiten Feiertag traten die beteiligten Ressortminister und der Reichskanzler Havenstein noch einmal zusammen, um einen Bericht Dr. Kathenau's über seine Londoner Reise entgegenzunehmen und die Beantwortung der drei Fragen weiter zu erörtern.

Mündliche Befragung in Paris.

Um Montag nachmittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der der Beschuß gefaßt wurde, die Pariser Angelegenheit vorläufig nicht schriftlich zu beantworten, sondern die Angelegenheit in Befragungnahme mit der Reparationskommission weiter zu behandeln. Aus dem Bericht Kathenau's hatte sich ergeben, daß die Londoner Besprechungen der Reparationsfrage noch keinerlei positive Entscheidung gebracht haben. So hat sich die deutsche Regierung entschlossen, sich noch nicht endgültig festzulegen, sondern im Wege mündlicher Verhandlungen erst noch weitere Erfundigungen einzuziehen und Klärfahrungen zu schaffen. Mit diesen Verhandlungen ist der Vorsitzende der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, beauftragt worden, der sich zu diesem Zwecke wieder nach Paris begibt.

Lloyd George in Cannes.

Lloyd George ist am zweiten Feiertag nach Cannes abgereist und hat sich in Paris auf dem Bahnhofe mit Briand getroffen. Wie verlautet, haben sich beide Minister bei der Begegnung hauptsächlich über die U-Bootfrage unterhalten, über die bekanntlich in Washington noch kein Einvernehmen erreicht werden konnte. Die Angelegenheit dürfte in Cannes ausführlich erörtert werden. Lloyd George ist in Cannes eingetroffen.

Briand wird am 8. Januar abends Paris verlassen, um sich nach Cannes zu begeben, wo am 6. Januar der Oberste Rat tagen soll. Der französische und der britische Premierminister werden am Tage vorher eine Besprechung haben. Man nimmt an, daß der Oberste Rat nicht länger als vier Tage tagen wird.

Der amerikanische Botschafter in London, Oberst Harboe, wird bereits am 29. Dezember in Cannes erwartet.

Volkswirtschaft.

Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates. Die Geschäftslandschaft im Getreideverkehr war während des größeren Teiles der Berichtswoche außerordentlich ruhig. Für Weizen war wenig Kauflust vorhanden, und im allgemeinen übertrug das Angebot die Nachfrage, so daß eine anfängliche Besserung der Notierungen bald wieder schwacher Tendenz blieb. Das aber wurde unterbrochen, als sich plötzlich für Weizen und mehr noch für Roggen starke Kaufneigung fand. Die Weizelerzeugung hielt sich für Brotgetreide seit der Vorwoche auf 20 bis 30 Mark pro Rentner. bemerkenswert war, daß hier in den letzten Tagen der Roggen, gleichzeitig, ob er an märkischen, pommerschen oder mitteldeutschen Stationen gehandelt wurde, ungefähr die gleichen Preise erzielte. Das Weizelgeschäft lag überaus still und schwierig. Beim Hafer fehlte es an größerem inländischen Angebot. Mais war zuerst überwiegend in schwacher Tendenz, bestätigte sich aber zuletzt erheblich. Kleie hat besonders in Roggenkleie gleichermaßen bestiedigen Abzug, so daß die Preise derselben die der Weizenkleie um 5 Mark pro Rentner übertrafen, nachdem noch vor 8 Tagen die Notierungen für beide Kleiearten gleich gelautet hatten. In Hälftenflüchten ist das Geschäft fast eingeschlossen.

Stapellauf eines Motortransports. Auf der Deutschen West in Hamburg lief ein Motortransportschiff von etwa 3900 Tonnen Tragfähigkeit mit Dieselmotorantrieb für die Deutsche Stern, Sonnenborn U.-G. vom Stapel. Das Schiff erhielt den Namen „Osfa“.

Der Wert der Goldmark. Der Umlauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt bis 1. Januar nächsten Jahres unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 720 Mark für ein Zwanzigmarksstück, 860 Mark für ein Gehmarksstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Vereine und Versammlungen.

Christlicher Betriebsratkongress. In Duisburg fand in den Weihnachtstagen der erste Betriebsratkongress des Christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Der neue preußische Wohlfahrtsminister Hierseisler war erschienen. Lediglich Befall fand besonders die Verfügung, daß die Betriebsräte wahlen nicht mehr jährlich, sondern nur alle 2 Jahre stattfinden sollten. Weiter sprach sich der Kongress gegen den Vertrieb von Waren durch Betriebsräte aus.

Soziales.

Die Krise bei der Eisenbahn. Amtlich wird mitgeteilt: Dem Reichsverkehrsministerium ist über tatsächlich vollzogene Arbeitsentlassungen im Eisenbahnbetrieb bis jetzt keine Meldung zugegangen. Hinsichtlich der Gehaltsregelung der Beamten wird die Eisenbahnverwaltung gemeinsam mit den anderen Reichs-

ressorts, insbesondere dem Reichsfinanzministerium, vorgegeben haben. Die bisher getroffene Maßnahme einer Abschlagszahlung auf das Gehalt vom 1. Januar 1921 ab beruht auf einem Beschuß der Reichsregierung. Sie hat aus zwingenden Gründungen auf den Kreis des engsten Bediensteten beschränkt werden müssen. Die Arbeiterschaft hat zunächst, wie angenommen ist, den Charakter der Maßnahme nicht richtig erkannt. Der Reichsverkehrsminister hat inzwischen Gelegenheit gehabt, die Großorganisationen entsprechend aufzuklären. Immerhin hat er den Großorganisationen anhängerlich gestellt, Vorschläge zu machen, durch die eine etwa vorhandene Notlage gebessert werden kann. Es kann wohl erwartet werden, daß es den Gewerkschaften gelingt, die Ruhe und Besonnenheit des Personals aufrecht zu erhalten und die glatte Abwicklung des Feiertagsverkehrs zu gewährleisten.

+ Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Durch das am 17. Dezember 1921 vom Reichstag beschlossene Gesetz ist der Mindestbetrag des Stillgehaltes für versicherte Wohnerinnen (Par. 195 der Reichsversicherungsordnung) auf 4,50 Mark täglich erhöht worden. Auf den gleichen Betrag ist das Stillgeld bei der Familienwochenhilfe (Par. 205 der Reichsversicherungsordnung) und der Wochenfürsorge für minderbemittelte Wohnerinnen heraufgesetzt worden. Die Einkommensgrenze für das Minderbemittelte bei der Wochenfürsorge beträgt nunmehr 15 000 Mark jährlich.

+ Weitere Abnahme der Erwerbslosigkeit. Im November 1921 ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von rund 150 000 auf 147 806 gesunken. Die Zahl der Buschlagempfänger (Familienangehörigen der Erwerbslosen) weiß allerdings eine Steigerung von 165 000 auf 170 000 auf. Der Tiefpunkt der Erwerbslosigkeit ist noch überschritten, und die ersten Dezemberwochen weisen auch bereits eine leichte Steigerung in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen auf.

Schloß Damerow.

Ein Familienraum von Erich Knapp.

(Fortsetzung.)

„Du meintest damit, ich solle nach Deutschland zurückkehren und mich dem Untersuchungsrichter stellen?“ „Ja, das meine ich.“

„Schön. Aber was wird nachher aus mir? In Deutschland kann ich nicht Kellner bleiben.“

„Das hast du auch nicht nötig. Dein Vater nimmt dich ja mit offenen Armen auf.“

„Mich? Mit offenen Armen? Wie soll ich das verstehen? Wir haben uns ja noch nicht ausgedehnt.“

„Wie du im vorletzten Sommer in den Zeitungen mit dem Mord in Verbindung gebracht wurde und man erwähnte, deine Familie hätte sich von dir losgesagt, da trat dein Vater auf den Plan und bestritt alles Strafwürdig, was man gegen dich vorgebracht hatte. Zugleich erklärte er öffentlich, deiner Mutter ins Baderhaus stände nichts im Wege. Du würdest im Gegenteil mit offenen Armen auf.“

Man sah an seinem blassen Gesicht den Erfolg ihrer Worte.

„Nun habe ich also doch noch erlebt, daß Papa anderen Sinnen geworden ist,“ jaulte es förmlich aus ihm heraus. „Jetzt komme ich mit Euch zurück nach Deutschland und werde mich dem Gericht stellen. Ich bedinge mir dabei nur aus, daß niemand, weder deine noch meine Angehörigen, eher von meiner Unwesenheit in Deutschland Kenntnis erhalten, als bis alle Vernehmungen beendet sind und ich völlig gereinigt vor alle Welt hintreten kann.“

„Das versprechen gebe ich dir gern, auch im Namen meines Mannes. Wir werden um einen Vorwand nicht verlegen sein, der unsere Rückkehr begründet.“ Sie lachte heiter auf. „Ich werde Gerhard jetzt informieren. Du hörst von mir noch, bevor wir das Kasino verlassen.“

Sie drückten sich beide herzlich die Hände und verließen mit freudigen Empfindungen das kleine Kabinett.

„Vorhang!“ war gekommen! Nach mehreren Tagen anhaltenden Regens drang heute die Sonne in sieghafter Schönheit durch den lichten Himmelsschleier und löste dann wie mit Zauberstab die dünnen Wolken auf. Von den schattigen Linden, die die Chaussee zwischen Grünholde und Neuhofer einsäumten, strömte der Wind glockenartig, und die vielen Grasmücken sangen im Neuhofer Obstpark ihr langes Lied so süß, so hömigend, daß man auf den Gedanken kommen konnte, sie wüßten, daß sich heute im Neuhofer Herrenhaus etwas besonderes heilsames vorbereite.

Gelbstig klapperten hier Fenster und Türen auf und zu; mit frohem Elfer gingen lädtisch gekleidete Menschen ein und aus, die hier sonst nichts zu suchen hatten. Vor dem Portal standen mehrere Wagen, die ihren aus Kisten und Körben bestehenden Inhalt in das Herrenhaus entleerten. Die Haustür und alle Fenster waren mit grünen Maten und Blumengewinden geschmückt.

Das Studentenmädchen auf dem Dach, eine Birkenrute in der Hand, promenierte Mag Mirbach, der angehende Architekt, mit seiner jüngeren Schwester Martha, die kurze Pappelallee entlang, um auf der Chaussee Auszug zu halten. Heute war der Hochzeitstag Ilse.

Der junge Student bemühte sich vergebens, dem Bärtig an seiner Seite zu größerem Ernst und zu würdevollerem Benehmen anzuhalten.

„Wir unbegreiflich, daß du dich so wenig in der Gewalt hast, Mädchen. Wenn deine übergröße Unfähigkeit noch realen Hintergrund hätte! Du bist es doch nicht, die Hochzeit macht, sondern Ilse.“

„Ich werde auch schon noch einen frischen.“

Mittlerweile hielten beide die Chaussee erreicht. Von Grünholde her konnte man ganz in der Ferne ein Gefährt bemerken, das von zwei Schimmeln gezogen wurde.

„Er ist's schon!“ riefen beide fast gleichzeitig, um dann eiligst zurückzufahren und Ilse zu benachrichtigen, von der sie ausgeschickt worden waren.

(Fortsetzung folgt.)

Lechte Nachrichten

Der Guss der Dippoldiswalder Kirchenglocken wieder verschoben.

Soeben hat Glockengießer Piegel in Dresden telefonisch mitgeteilt, daß der Guss unserer Glocken heute noch nicht stattfinden kann!

Das Produktionsprogramm der Landwirtschaft.

Berlin. Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Erz. von Braun, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates, empfing einen Vertreter der Tel.-Union und machte über das Produktionsprogramm der deutschen Landwirtschaft weitere Ausführungen. Die zunächst zu ergreifenden Maßnahmen liegen in der Richtung von Verhandlungen mit der Reichsregierung über

1000 M. Belohnung!

Am Dienstag ist zwischen Reinhardtsgrunne und Ströbeckmühle ein

Hund entlaufen,

Aug. Heldenwochstet, langhaarig, weiß mit braunen Flecken. Besondere Merkmale: zweierlei Augen, rechts braun, links hellgrün. Auf den Namen Sellmann hörend. Wer den Hund lebend zurückbringt oder nachweist, wo sich derselbe befindet, erhält obige Belohnung.

Hoffmann,
Vorwerk Hirschbach.

Hafer kauft

zum höchsten Tagespreis

Louis Schmidt, Dippoldiswalde.

Schulz nehme ich die Verantwortung, die ich im Gallophof gegen Herrn Max Böker ausgetragen habe, zurück.
U. Heinzig, Reinholzhain.

Frauen-Sparverein.

Donnerstag abend
Café Schwarz,
Zahlreiches Eschenauer dr. erw.

F. = B.
Donnerstag
d. 29. Dez. Amtshof.

Erste Freitaler Rösselschäler Kürri u. Wurstfabrik
Bruno Ehrlich
Freital-Deuben

Begriff
Dresden
Telephon
74
zahl für
Schlachtpferde

die höchsten Preise.
Bei Rottkälen mit Automobiltransportwagen schnellstens zur Stelle.

3 mitteljährige, tragende
Zuchtfühe
(Simmenthaler)

Rittergut Raasdorf
bei Schmiedeberg.

Stockholz
sonst
Gut bei Holz, Obercaldorf.

Fernsprechteilnehmer-Verzeichnis

der Member Dippoldiswalde, Schmiedeberg-Ripsdorf und Lauenstein.

Preis 3.— M. Handlich und übersichtlich.

Zu haben:

In Dippoldiswalde beim Verleger, Buchdruckerei Carl Jähne, in Schmiedeberg: Buchdruckerei und Buchdruckerei Röder, in Ripsdorf: Drogerie Paul Heller, in Altenberge: Buchdruckerei Schäfer, in Gelling: Buchdruckerei Herzer, in Lauenstein: Max Hoppe.

Auch die 3. Nummer der "Weltmarkt-Zeitung" nehmen Bestellungen an.

die Bildung von 6 Verwaltungsbereichen, in der Bildung von Kreisgemeinschaften und landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften bei möglichster Dezentralisation, die die Döngemittelbeschaffung, Schädlingsbekämpfung und eine Reihe weiterer technischer Fragen in die Hand zu nehmen hätten. Im übrigen schweben noch weitere Verhandlungen. Die heutige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft sei infolge der Übernutzung ihrer Betriebsmittel und der Ausnutzung des Bodens lediglich ein Scheinbild. Allein für 20 Milliarden Mark Dünge müssten in den Boden gestreut werden. Die deutsche Landwirtschaft müsse mit allem Nachdruck die Forderung auf eine rein wirtschaftlich geführte Diskussion und Unterstützung durch die Reichsregierung erheben.

Beträger verhaftet.

München. Die Münchner Fremdenkontrolle, die bereits mehrfach Sicherheitsgefährliche Personen festnehmen konnte, verhaftete in einem Münchner Hotel einen angeblichen Rittergutsbesitzer aus Norddeutschland, der von der Behörde in Ulma wegen Betrugs in Höhe von 100000 M. gesucht wurde.

Kaiserin Zita darf nicht nach der Schweiz reisen.

Paris, 27. Dezember. Aus Funchal wird dem "Daily Chronicle" gemeldet, daß der Gouverneur plötzlich aus Paris Instruktionen erhielt, sich der Abreise der früheren Kaiserin Zita nach der Schweiz zu widersetzen. Graf und Gräfin Hunyadi, welche Zita nach der Schweiz begleiten sollten, fahren allein ab.

Weitere amerikanische Truppen vom Rhein

zurückgezogen.

Koblenz. Im Laufe des Dienstag wird wieder ein größerer Truppenteil der zweiten amerikanischen Brigade über Antwerpen nach den Vereinigten Staaten zurückgeführt. Am 15. Januar wird die amerikanische Besatzung aus Neuwied zurückgezogen und nach Koblenz verlegt. Die amerikanischen Truppen bleiben künftig in Koblenz und Ehrenbreitstein konzentriert.

Landfrankenfasse

Dippoldiswalde-Land.

Sonntags den 7. Januar 1922 nachmittags 2 Uhr im Hotel
"Stadt Dresden" in Dippoldiswalde

Ausflug-Sitzung.

Tagesordnung:
1. Sitzungsänderung. (Erhöhung der Grundbühne.)
2. Beitrag zum Verbande von Frankenfassen Dippoldiswalde-Stadt und Land.
3. Beitrag bez. die Vereinbarung zur Durchführung der §§ 219, 220 und 222 der Reichsaufsehungsordnung.
4. Ratsangelegenheiten.

Dippoldiswalde, den 28. Dezember 1921.

Der Gesamtvorstand.

Hermann Häntsch, Vorsitzender.

„Reichskrone“.

Donnerstag, 29. Dez., Wiederholung des
großen öffentlichen Theater-Awends

zum Besuch des **W** Kriegerdenkmals **W** hiesiger Stadt.
Ausgeführt von Mitgliedern des **M.G.V.**
"Eintracht", Dippoldiswalde.

Die Macht der Weihnachtsglocken.

Singpiel in einem Aufzuge.

Heiligabend,

Weihnachtslebensbild in 2 Akten und einem Märchenzwischenstück.
Börverkaufskarten sind zu haben bei den Herren Ernst Wende am Markt, Buchhandlung M. Fischer, Freiberger Platz und in der Reichskrone.

1. Platz 6 Mark, 2. Platz 4 Mark, 3. Platz 3 Mark einschließlich Steuer.
Der Vorstand.

Wer kaufen für Ostern 1922

Lehrlinge

für
Metallformerei, Metalldreherei,
Metallschlosserei, Schmiede
und Eisendreherei

Meldungen mit Schutzzeugnis an
A. Matzenreiter Blanke & Rast,
Dippoldiswalde.

Fahrräder

werden wie neu vernichtet und emalliert. Rahmenbrüche, sowie sämtliche Reparaturen führt schnellstens und ordnungsmäßig aus.

Wohndiente Wissott und Emill er Anstalt.
Ra 1 S. 9er, Altenberger Straße 185.

Schlacht-

pferde

kauf

zum höchsten Tagespreis

Reichsbücher Paul Sieber.

Teil 97.

1 Portemonnaie mit Inhalt

von armer Frau verloren.

Aufgeben Polizeiwache.

Schlacht-

pferde

kauf

Reichsbücher Paul Sieber.

Teil 97.

1 Portemonnaie mit Inhalt

von armer Frau verloren.

Aufgeben Polizeiwache.

1. Visitenkarten :: C. Jähne

Ginst und jetzt.

General Wm. G. Haan, der Chef der Operationsabteilung des amerikanischen Generalstabes erklärte in einer Ansprache vor amerikanischen Offizieren, Amerika könne für die nächsten zehn Jahre zuversichtlich auf Frieden rechnen. Für die nächsten zehn Jahre erwarte er keinen Krieg. Möglicherweise ganze zehn Jahre? Soll man darüber lachen oder weinen? fragt die vielgelesene amerikanische Wochenzeitung "Issues of To-Day". Wie es nicht während des Krieges immer: Nur der "deutsche Militärismus" steht dem ewigen Frieden im Wege. Ist erst der Kaiser mit seinen Junkern besiegt, dann hindert nichts mehr den Anbruch des goldenen Zeitalters der internationalen Versöhnung und allgemeiner Völkerfreundschaft! Nun ist der Kaiser entthron, das preußische Heerweisen geschlagen — sollte man nicht erwarten, daß all die schönen Versprechungen, mit denen das amerikanische Volk bei jeder "Friedens"-Messe in allen Räumen, aus dem Weißen Haus und aus dem Kongreß überschüttet wurde, sich verwirlicht?

Statt dessen erklärt jetzt General Haan: Das Volk, das sich nicht alle Kriegsmittel, die ihm zur Verfügung stehen, zu nutze macht und diese Mittel mit Erfolg entwickelt, wird sich in der geschilderten Lage sehen, in dem internationalen Weltkrieg überholzt zu werden." — Als der deutsche Generalstab ebendieselbe Forderung für Deutschland erhob, für Deutschland, das in Ost und West von den übermächtigen Heerenmassen Russlands und Frankreichs bedroht war, konnte man sich nicht genug tun, den deutschen "Militärismus" zu verlädt und als Störenfried hinzustellen. Jetzt, während die Abstimmungskonferenz tagt, sind die Worte des amerikanischen Generals doppelt bezeichnend. Wuhlen all die Tausende von Straßen- und Rinnenedern, das Weiße Haus, die Zeitungen und die Senatoren mit ihrer Versicherung, daß der Weltkrieg der letzte aller Kriege sein würde, nicht, was sie sagten? Oder doch? "Falls sie es wußten", meint das amerikanische Blatt, "haben sie uns absichtlich betrogen".

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke legen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Erich Raden und Frau Frieda

geb. Sonnen.

Dippoldiswalde Weihnachten 1921

Reichstadt

Deutscher Offiziers-Bund Ortsgruppe Dippoldiswalde.

Wittwoch den 11. Januar 1922 abends im Saale der Reichskrone zu Dippoldiswalde

öffentlicher Vortrag

des Herrn Generalleutnant a. D. Wahle über

"Ostasrika im Weltkriege"

General Wahle beschäftigte im Weltkriege in Ostasrika die deutschen Wehrtruppen, während Lettow-Vorbeck die Österreicher führte, bis schließlich die Vereinigung beider Truppen Ende 1917 erfolgte und sie gemeinsam weiter nach Süden auswuchsen — General Wahle wird an hand von Karten seine interessanten Kriegserlebnisse schildern. Eintritt 3,75 M. einschl. Steuer für Nichtmitglieder, 2,00 M. einschl. Steuer für Mitglieder des D. O. B., sowie für Schüler und Schülerinnen — Der Kriegsverein stellt ausdrücklich der Kriegsheimdienst für diejenigen, die im Vorverlauf bei Herrn Räßner, Markt, und Rothe, Reichstag, und an der Abendstafette.

Kaninch- u. Geflügelzüchterverein

Alter Verein
Schmiedeberg und Umgegend.

Gewinnliste.

32-48	44-76	83-79	94-15	97	50	104-56	108-88	109-51
117-11	122-34	126	6	130-48	132-37	180-28	279	67 290-68
295	33	325-43	326-10	350-55	360-17	378-95	389-20	
424-87	428-47	471-53	477-62	505-3	547-52	561-58		
576-11	588-31	592-80	616-60	619-4	620-25	635-72		
644	649-43	705-92	725-36	728-75	730-12	737-14		
740-98	769-28	775-24	781-44	793-16	794-28	839-99		
851-85	912-97	923-74	972-21	987-68	1007-89	1012-71		
1014-93	1036-91	1070-73	1079-100	1107-77	1151-49			
1160-36	1167-81	1173-27	1225-78	1234-82	1266-64			
1316-32	1369-18	1376-68	1415-45	1417-5	1422-88			
1424-7	1461-29	1495-101	1531-9	1543-81	1584-65			
1596-83	1606-28	1607-2	1609-1	1643-30	1661-41			
1662-90	1731-91	1741-59	1776-39	1801-70	1880-40			
1892-19	1893-64	1912-22	1936-57	1972-8	1997-89			

Die fertiggedruckt 3 Seiten in die Gewinn-Räumen.